

Berlin, Sonnabend,

den 20. September 1879.

Berliner

## Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen  
 ausser anderen  
 tabellarischen Uebersichten  
 eine Zusammenstellung  
 aller Submissionen,  
 Allgemeine Verloosungs-Tabellen  
 und Restanten-Listen.

Abonnements-Preis:

vierteljährl. für Berlin 7 M 50 pf.,  
 für ganz Preussen, das übrige  
 Deutschland und ganz Oester-  
 reich 9 M.

Insertions-Gebühr:

die dreigespaltene Zeile 40 pf.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Die einzelne Nummer kostet 25 pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Wir bitten unsere Abonnenten, die Bestellung unserer Zeitung für das **nächste Quartal** recht bald erneuern zu wollen, damit wir die Stärke der Auflage danach bemessen und die Unannehmlichkeit vermeiden können, bei verspäteter Bestellung unvollständige Exemplare zu liefern.

Von dem **Deutschen Banquier-Buche**, welches wir im Laufe dieses Jahres als Gratis-Beilage zu unserer Zeitung haben erscheinen lassen, sind bisher 35 Bogen ausgegeben, und es werden nunmehr noch in den ersten Wochen des nächsten Quartals circa 4 Druckbogen als Ergänzung erscheinen und so das überall mit grossem Beifall aufgenommene Buch durch Titelblatt und einleitende Bemerkungen einem Abschluss zugeführt werden. Demnächst denken wir dann dem Patentwesen eine specielle Beilage zu widmen und über die ertheilten **Patente** in gemeinschaftlicher Art regelmässige Zusammenstellungen und Mittheilungen zu geben.

Die Abonnements-Bedingungen bleiben unverändert. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir unseren Lesern sowohl aus dem Bereiche der Industrie und des Handels, wie in Beziehung auf die politischen Tagesereignisse bieten, die Promptheit unserer Nachrichten, die verschiedenen zur Zeitung gegebenen Beilagen sind unseren Lesern so bekannt, dass wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzuzufügen.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an; in **Berlin** die Zeitungs-Spediteure, alle Stadt-Post-Aemter und

**die Expedition der Berliner Börsen-Zeitung.**

(Kronen-Strasse No. 37.)

Hierbei als V. Beilage:

No. 43 der Allgem. Verloosungs-Tabelle.

## Telegraphische Depeschen.

Strassburg i. E., 20. September. (C. T. C.)

Die gestrige Galavorstellung im Theater war von einem sehr zahlreichen Publicum besucht, welches den Kaiser beim Erscheinen auf das Lebhafteste begrüßte. Die öffentlichen Gebäude, sowie zahlreiche Privathäuser waren gestern Abend glänzend erleuchtet. Der Fremdenverkehr ist ein sehr starker. — Heute früh um 9¼ Uhr begiebt sich der Kaiser zu Wagen nach Wolfshelm, wo er zu Pferde steigen wird, um dem Corpsmanöver gegen einen markirten Feind beizuwohnen.

Wien, 19. September, Abends. (H. T. B.)

Die neuesten aus Nevešnje eingetroffenen telegraphischen Berichte melden, dass die anfänglich überhebelich erschienenen Ruhestörungen bereits weitere Ausdehnung angenommen haben. Das Aufgebot Oesterreichischer Truppen zur Unterdrückung der Erhebung ist demzufolge entsprechend vergrössert worden. Seitens Montenegro wurde bereits ein militärischer Grenzcordon gezogen, um den Aufständischen den eventuellen Uebertritt auf Montenegrinisches Gebiet abzuschneiden.

Paris, 20. September. (C. T. C.)

Der Prinz von Wales ist heute Vormittag hier eingetroffen und wird Abends wieder abreisen, um sich zu nächst nach Darmstadt zu begeben.

London, 19. September, Abends. (C. T. C.)

Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Simla vom heutigen Tage gemeldet: Hier eingegangene offizielle Nachrichten aus Kabul bestätigen, dass in Herat am 5. d. ein Aufruhr ausgebrochen sei. Gerüchtesweise verlautet, dass es auch im Districte von Kohistan zu einem Aufstande gekommen sei; der Aufstand werde zum Theil dem Umstande zugeschrieben, dass der Emir Jakob Khan einen Anführer der Kohistaner tödten liess, weil die Mehrzahl derjenigen, welche sich der Meuterei in Kabul schuldig gemacht hatten, Kohistaner waren. Soldaten der einheimischen Regimenter, welche entkommen waren, erklärten, dass Jakob Khan keine Mitschuld an der Meuterei in Kabul trage, dass letztere erwartet wurde und dass Cavagnari hiervon benachrichtigt gewesen sei.

London, 19. September, Abends. (C. T. C.)

Bei der gestern in Newcastle stattgehabten Einweihung des neuen liberalen Clubs hielt der Marquis v. Hartington eine längere Rede, in welcher er hervorhob, die bestunterrichteten Personen beider Parteien des Parlamentes seien der Ansicht, dass die Auflösung des Parlamentes noch in weiter Ferne stehe. Die Regierung werde hiermit warten, bis das Land die gegenwärtigen Schwierigkeiten vergessen haben werde. Hartington verglich sodann die unruhige Politik der Regierung mit derjenigen des zweiten Kaiser-

reichs, welche nur den Zweck gehabt habe, die Aufmerksamkeit des Landes von den Fragen der inneren Politik abzulenken. Auf die jüngsten Vorgänge in Kabul übergehend, bemerkte der Redner, er wünsche von ganzem Herzen, dass seine Prophezeihungen hinsichtlich des Vertrages von Gandamak nicht in Erfüllung gegangen wären; jetzt müsse man zuerst für das Blutbad Sühne fordern und dann untersuchen, wer dafür zur Verantwortung zu ziehen sei, dass die Gesandtschaft ohne hinlängliche Escorte entsendet wurde. Die eigentlichen Schwierigkeiten würden erst anfangen, wenn die Englische Armee in Kabul eingerückt sei. Hartington ist gegen eine Annexion von Afghanistan, weil die Finanzlage Indiens die Kosten für eine Occupations-Armee nicht ertragen könnte. Auch würde die Annexion von Afghanistan Russland zu ähnlichen Schritten veranlassen. Niemand in England könne jedoch mit Gleichmuth ein Näherücken der Russischen Grenzen ansehen. Der Redner schloss mit der Erklärung, die nächste liberale Regierung werde eine mühevoll Aufgabe haben, nämlich die schädliche Gesetzgebung, sowie die schädliche Politik der gegenwärtigen Regierung wieder gut zu machen.

London, 20. September. (C. T. C.) Stevens & Sons, Australische Kaufleute, haben ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva werden auf 300,000 Pfd. Sterl. geschätzt.

London, 20. September. (C. T. C.) Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Havanna vom 19. d. gemeldet: Der Generalcapitain hat über Santiago-de-Cuba den Belagerungszustand verhängt und das Kriegsgericht wieder in Function treten lassen. Das Kriegsgericht verheisst den Insurgenten, welche sich innerhalb 14 Tagen unterwerfen, Begnadigung. — Aus Panama wird berichtet, dass die Ausfuhr von Kriegscontrebande aus Columbia verboten sei.

Rom, 20. September. (C. T. C.) Der König und die Königin werden heute Venedig verlassen. Graf Tornielli hat sich gestern auf seinen Posten als Ministerresident nach Belgrad begeben.

Bukarest, 20. September, früh. (C. T. C.) In der Kammer wurde gestern die Debatte über die Verfassungsrevision fortgesetzt. Der Deputirte Vernescu erklärte, die Regierung habe durch ihre Aeusserung, dass Rumänien bedroht sei, wenn die Kammer den Art. VII. nicht nach den Wünschen Europas revidiren würden, das Land erschreckt. Diese Frage sei eine rein innere Angelegenheit und könnten die Mächte von Rumänien nicht verlangen, dass es den Juden mehr gebe, als es zu geben vermöge. Er bitte die Kammer, den Majoritätsentwurf anzunehmen, der den Wünschen Europas und den nationalen Interessen gleichzeitig gerecht werde. Der Minister des Innern, Cogalniceanu, erwiderte, die Regierung werde einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher nicht, wie der Deputirte Vernescu befürchte, eine Massen-Emanicipation bezwecke, sondern eine den Landesinteressen und den Forderungen der Mächte entsprechende Lösung enthalte. Der

Minister fügte hinzu: Wenn die Kammer den Entwurf annähme, würde die Regierung ihre Pflicht thun; jene aber, die ihn verwerfen sollten, würden eine schwere Verantwortung auf sich laden. — Die Debatte wird nächsten Montag fortgesetzt.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

## Berlin, den 20. September.

— Wie man uns heute aus Wien meldet, hat Fürst Bismarck seine Reise nach Wien lediglich mit Rücksicht darauf verschoben, dass der Kaiser Franz Josef im Augenblick noch nicht in Wien ist, während der Oesterreichische Monarch gerade den Wunsch zu erkennen gegeben hat, den Fürsten Bismarck sofort nach dessen Ankunft in Wien zu empfangen. Man erwartet nun den Deutschen Reichskanzler am Montag in der Capitale an der Donau.

— Wie wir hören, ist eine der wichtigsten Gesetzesvorlagen, welche die Preussische Staatsregierung dem bevorstehenden Landtage zu machen beabsichtigt, der Entwurf einer neuen Substitutionsordnung, und zwar in Folge der an sie seitens des Abgeordnetenhauses am 21. Januar d. J. gerichteten Aufforderung. Wie zahlreiche bisher beim Justizministerium eingegangene Petitionen beweisen, leidet die Substitutionsordnung vom 15. März 1869 an erheblichen Mängeln, deren Beseitigung dringend nothwendig ist. Dahin gehört z. B. die Bestimmung im § 22, wonach die Caution des Bieters — abgesehen von dem 2½-fachen Gebäudenzustandswerte — auf das Vierfache des Gebäudesteuer-Reinertrages festzusetzen ist. Diese Vorschrift hat ganz gleichmässig für alle Substationen Geltung die Grundstücke mögen nun bebaut sein oder nicht. Da nun die Caution, welche bei der Substation eines unbebauten Grundstückes hinterlegt wird, ganz gering ist, so kann ein böswilliger Schuldner durch Vorschlebung insolventer Bieter die Substation zum Schaden der Gläubiger vereiteln. Dieser Missstand macht sich namentlich in Berlin sehr fühlbar, wo z. B. von 1554 nothwendigen Substationen des Geschäftsjahres 1878 beim Stadtgericht 25 Procent Bauterrains betrafen. Weitere Mängel sind, dass auch die dem Beantwarter der Zwangsvollstreckung vorausgehenden Hypothekendar- und Grundschulden durch die Einleitung der Substation fallig werden, sowie dass, wie jüngst auch in einer Versammlung Berliner Grundbesitzer hervorgehoben worden, nicht auch diejenigen Hypothekengläubiger bis auf Höhe ihres Forderungs-Rechtes zum Mitbieten zugelassen werden, deren eingetragener Anspruch innerhalb der gezogenen Sicherheitsgrenze liegt, sobald derselbe  $\frac{1}{10}$  ihres abzugebenden Gebots erreicht, dass endlich die Bietungszeit auf nur eine Stunde beschränkt ist. Um nun den Mängeln der Substitutionsordnung abzuhelfen, ist bereits im Justizministerium der Entwurf zu einer neuen Sub-